

heute haben entschuldigen lassen. Wir gehen nun zur Tagesordnung über, zur Berathung des Berichts über die Eisenbahn. Es hat sich bereits der Abgeordnete Gehe als Sprecher angemeldet.

Referent Abg. Georgi (aus Mylau): Ich habe gestern mir den Vorschlag an die Kammer erlaubt, daß die Berathung und Beschlußfassung sich zunächst an die Frage knüpfen möge, wer den Bau der sächsisch-böhmischen Bahn zu übernehmen oder resp. fortzusetzen habe? Und es ist zu erwarten, ob Jemand in der Kammer sich gegen diesen Vorschlag erklären werde.

Vicepräsident Eisenstuck: Ich habe schon angezeigt, daß der Abgeordnete Gehe sich gemeldet hat, und ich gebe ihm nun das Wort.

Abg. v. Thielau: Es ist noch kein Kammerbeschluß gefaßt worden über das, was der Referent eben der Kammer eröffnet hat.

Vicepräsident Eisenstuck: Es hat mir geschienen, als ob die Frage, welche der Referent gestellt hat, das Entscheidende sei. Ich gehe davon aus: es ist durch Staatsvertrag bestimmt, daß die Eisenbahn ausgeführt werde. Die erste Frage ist: auf wessen Kosten soll sie ausgeführt werden? Das ist im Decrete ausdrücklich herausgestellt und im Berichte erklärt worden, daß sie auf Kosten des Staats gebaut werden solle. Von der Beantwortung dieser Frage hängt das Uebrige ab. Nehmen Sie an, es entscheide sich die Kammer nicht dafür, daß sie Staatsbahn würde, so wäre der Antrag nicht geeignet, so gestellt zu werden; wenn sich aber die Kammer mit der Staatsregierung und der Deputation dafür erklärte, daß die Bahn auf Staatskosten gebaut werde, so wird man zu den Modificationen, Voraussetzungen und Anträgen übergehen können, welche die Deputation gestellt hat. Meine Herren, ich will es der Kammer anheimstellen, ob sie meine Ansicht genehmige, daß zuvörderst die Frage zur Discussion und Abstimmung gebracht werde: ob die zu erbauende Eisenbahn nach Prag auf Staatskosten zu unternehmen sei? — Einstimmig Ja.

Stellv. Abg. Gehe: Es ist über den Antrag zu sprechen, ob die Fortführung des Baues der sächsisch-böhmischen Eisenbahn durch den Staat sich vortheilhafter darstelle, als dessen Ueberlassung an Privaten. Im Allgemeinen muß ich bei diesem Gegenstande meine Uebereinstimmung aussprechen mit den Propositionen der Regierung und meine Anerkennung der Unparteilichkeit zollen, die ich im Decrete und in den Beilagen dazu gefunden habe. Es hat sich die Regierung auf den höhern Standpunkt der Unparteilichkeit gestellt, und giebt die Sache mit aller ausführlichen Belehrung an die Stände, um auch hierdurch die vortheilhafteste Ausführung zu sichern und den besten Plan zu ermitteln. Gewiß ist nun die Verpflichtung der Stände um so größer, das reiche Material so zu benutzen,

daß der Zweck erreicht, die beste Wahl getroffen werde und das zuträglichste Gutachten an die Regierung zurückgelange. Auch wird vermieden werden müssen, in irgend etwas die Regierung in der Ausführung des einmal beliebten Plans zu hindern. Es hat mir geschienen, als wenn der Bericht und die Beilage des Decrets nicht eine leichte Uebersicht gewähren. Es liegt das in der Umfänglichkeit des Stoffes, vielleicht auch darin, daß die Hauptfragen, welche zu entscheiden waren, die schwierigsten Punkte, auf die es ankommt und die nicht in's Auge fallen, nicht entschieden, sondern umgangen worden sind, und der Zukunft vorbehalten bleiben sollen, vielleicht sogar erst für spätere Vereinbarung mit den Ständen. Es ist im Eingange des Berichts Seite 691 erwähnt, daß die Motive, welche zu den Anträgen der Deputation geführt haben, nicht als der Ausdruck der Ansichten aller Mitglieder der Deputation gelten sollen. Dessenungeachtet wird Seite 714 ausdrücklich ein Antrag gestellt, der an die Bedingung der im Berichte niedergelegten Voraussetzungen geknüpft ist; danach würden sich die getrennten Ansichten in dem Schlufsantrage der Deputation wieder vereinigt haben. In einem solchen Falle wird es darauf ankommen, wie die Motive mit den Anträgen harmoniren. Es würde gewiß eine Ansicht schlecht wegkommen, wenn zur Anerkennung im Principe nicht zugleich die Anerkennung im Materiellen gewährt würde, wenn die Wünsche und Ansichten, welche nicht zu bestreiten waren, mit einer Anerkennung durch Aufnahme in die Motive abgefunden werden, und die entgegenstehenden Ansichten, welche sogar präjudiciell erscheinen, lediglich nur unter der Beschränkung ihrer Ausführbarkeit zu Anträgen erhoben werden. Ich will diese Richtung in meinen Bemerkungen indeß nicht weiter verfolgen, weil zunächst die specielle Frage des Staatsbaues vorliegt. Ganz umgehen konnte ich es nicht, weil es auf die Beleuchtung des ganzen Berichts ankommt, ehe man über die einzelnen Theile desselben Beschluß fassen kann. Ich bin einverstanden, daß der Staatsbau der böhmischen Bahn beschlossen werden möge, denke mir aber den Staatsbau dieser Bahn so, daß der Bahnbetrieb derjenigen Gesellschaft überlassen werde, welche ein gewisses Anrecht darauf hat, weil die böhmische Bahn eine Fortsetzung der ihrigen ist. Vor einem Beschlusse über den Staatsbau darf eine Vergleichung der Bauanträge vorausgehen, welche die verschiedenen Gesellschaften gemacht haben, den Bau für ihre Rechnung zu übernehmen. Es sind dies die Anträge der Leipziger und der schlesischen Gesellschaft. Mich würden, wenn ich beide vergleiche, die Anträge der Leipziger Gesellschaft mehr ansprechen, einmal von dem finanziellen Gesichtspunkte aus, weil sie quantificirt und mit dem einstigen Rückfall der Leipziger Bahn an den Staat verbunden sind, während die Anträge der schlesischen Gesellschaft so beschaffen sind, daß beim ungünstigen Ausfalle leicht das Doppelte ihr gewährt werden müßte desjenigen, was die Leipziger Gesellschaft nur in Anspruch nimmt. Ich räume auch der Leipziger Gesellschaft ein Vorzugsrecht zweitens aus Billigkeit ein, weil wir ihr zuerst die Einführung der Eisenbahnen ohne Staatsunterstützung ver-